



# DAS ROTE TUCH

## BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

27. August 2021  
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

### Bundestagswahlen: Bereiten wir Arbeitenden die notwendigen Kämpfe vor!

In den letzten Wochen dreht sich der Wahlkampf nur um eine Frage: Welcher der drei aussichtsreichsten Kandidaten wird wohl Kanzler\*in? Als ob dies für uns Arbeitende etwas ändern würde!

Die CDU hat 16 Jahre lang regiert und für das Wohl der reichsten Kapitalisten gesorgt, während die Arbeits- und Lebensbedingungen der einfachen Bevölkerung immer unsicherer und schlechter geworden sind. Und auch jetzt besteht eine der wenigen konkreten Maßnahmen ihres Wahlprogramms darin, die Steuern der Reichsten noch weiter senken zu wollen!

Laschet ist wahrlich ein Symbol für diese arbeiterfeindliche Politik. Als NRW-Ministerpräsident hat er bereits mehrfach versucht, die Ladenöffnung am Sonntag durchzusetzen – was die Verkäufer\*innen zwingen würde, auch noch sonntags ständig zu arbeiten. Ebenso hat er versucht durchzusetzen, dass Chefs uns zwingen dürfen, länger als 10 Stunden pro Tag zu arbeiten. Und reden wir nicht von seiner Verachtung für die existenziellen Sorgen der Menschen – wie bei der Flut, deren Opfer ihn nur als Wahlwerbung interessiert haben.

Die Grünen versuchen sich demgegenüber als der frische Wind darzustellen, mit dem sich die Dinge wirklich ändern könnten. Doch nicht nur die vielen kleinen Mausechelen ihrer Kanzlerkandidatin Baerbock haben deutlich gemacht, dass die Kandidatin des „Neuanfangs“ genauso ist wie die anderen. Wie die anderen ist vor allem ihre Politik. Mit der typischen Arroganz der Bessergestellten hat Baerbock für die einfache Bevölkerung eine massive Erhöhung der Steuern auf Heizung und Sprit verlangt – während die Konzerne im Namen des Klimawandels noch mehr Subventionen geschenkt bekommen sollen. Diese Politik schützt nicht das Klima, dafür umso mehr die Profite!

Die Kapitalisten haben das längst erkannt. Zu Baerbocks offenen Unterstützern zählen der Ex-Siemens-Chef Kaeser, die Aufsichtsrätin von BMW und Henkel Menne, der zukünftige RWE-

Chef und Sprecher der Zeitarbeitsbranche. Sie alle loben ihre Unternehmerfreundlichkeit und ihre „richtigen Schritte bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitszeiten“.

Die Grünen haben außerdem deutlich gemacht, dass sie bereit sind, mit allen zu regieren, ob mit CDU/CSU, SPD, FDP oder allen zusammen. Hauptsache regieren! Ist das „neu“?

Laut den Umfragen haben Laschet und Baerbock in den letzten Wochen viele Wähler\*innen verloren, denen die SPD mittlerweile als das kleinere Übel erscheint. Deren Kandidat Scholz liegt nun vorne. Doch Hoffnungen wecken er und die SPD bei den Arbeitenden ebenfalls nicht. Wie sollten sie auch!

In den letzten 23 Jahren war die SPD 19 Jahre mit an der Regierung, erst unter SPD-Kanzler Schröder, dann ganze 12 Jahre unter CDU-Kanzlerin Merkel. Die SPD hat alle massiven Angriffe auf die Arbeitenden aktiv mit durchgesetzt, von der Ausweitung der Leiharbeit über die Rente bis 67 bis zur massiven Schließung von Krankenhäusern.

Scholz selber war im letzten Jahr als Finanzminister für die Rettungs- und Konjunkturpakete in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro verantwortlich, die es den Milliardären ermöglicht haben, mitten in Pandemie und Wirtschaftskrise ihre Vermögen um 100 Milliarden Euro zu vergrößern – während vor allem die ärmeren Arbeitenden die

Krise in all ihrer Härte bezahlen. Und Scholz hat selber zugegeben, dass nach der Wahl die Bezahlung dieser riesigen Schuldenberge alle anderen Entscheidungen bestimmen werden.

Eben darauf müssen wir uns vorbereiten. Egal welche Partei gewinnt und welche Koalition regieren wird: Sie werden uns erzählen, dass die Kassen nun leer sind, dass man die Schulden bezahlen und deshalb sparen müsse. Denn keine Partei ist bereit, sich mit dem Großkapital anzulegen und das Geld dort zurückzuholen. Im Gegenteil, für sie alle ist es selbstverständlich dabei zu helfen, dass die Kapitalisten ihre Profite weiter steigern können.

Sie alle werden daher erneut die Rente angreifen und werden weiter in den Krankenhäusern, den Kitas, dem Nahverkehr und überhaupt bei allem sparen, was der einfachen Bevölkerung nutzt. Sie alle werden den Unternehmern dabei helfen, uns noch mehr und „flexibler“ auszubeuten. Und egal wer in der Regierung ist: In den Betrieben werden Entlassungen, Auslagerungen und Angriffe auf Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen weitergehen.

Für uns Arbeitende ist die entscheidende Frage daher nicht, welche Koalition uns regieren und angreifen wird – sondern ob und wie wir es schaffen, uns dagegen zu wehren. Während die Parteien Wahlkampf machen, müssen wir die Zeit nach den Wahlen vorbereiten.

### Streik in Krankenhäusern: Wirksamer als ein Wahlzettel

Es gibt im Wahlkampf keine Partei, die nicht verspricht: „Wenn ihr uns wählt, dann werden wir die Bedingungen in den Krankenhäusern verbessern.“ Doch gleichzeitig machen alle in den Landesregierungen das Gegenteil.

In NRW hat die CDU-FDP-Landesregierung gerade eine Krankenhausreform beschlossen, mit der alle angeblich „überflüssigen“ Stationen und Krankenhäuser ermittelt und geschlossen werden sollen!

In Berlin wiederum hatten die Parteien der heutigen Landesregierung (SPD, Grüne und Linke) vor der Wahl versprochen, in den öffentlichen Krankenhäusern für mehr Personal zu sorgen und mit den Niedriglöhnen der dortigen Tochterfirmen (zum Beispiel der Reinigung) Schluss zu machen. Doch seitdem werden die Arbeitenden ständig damit getröstet, dass gerade „kein Geld“ dafür da sei.

In Berlin haben die Krankenhausbeschäftigten jetzt die Nase voll. Seit Montag haben sie in den zwei größten Krankenhäusern angefangen, für mehr Personal und Anhebung der Niedriglöhne zu streiken. Ein sehr viel wirksames Mittel als ein Wahlzettel, um als Arbeitende unsere Interessen durchzusetzen!

## Afghanistan: Verantwortlich für das Chaos ist der Imperialismus

Die Lage vor dem Flughafen in Kabul wird immer dramatischer. Verzweifelt versuchen tausende Afghanen, den Taliban zu entkommen, doch sie werden vor dem Flughafen von den Taliban und der US-Armee aufgehalten. Und dazu jetzt noch die Anschläge mittendrin.

Die US-Regierung hatte schon vor Monaten entschieden, die afghanische Bevölkerung den Taliban zu überlassen. Sie hatte zwar nicht damit gerechnet, dass diese so schnell vorrücken, beziehungsweise dass die von ihr eingesetzte Armee so widerstandslos zusammenbricht. Doch seit sie mit den Taliban den Abzug der US-Truppen ausgehandelt hatten, war allen klar, dass die Taliban das Land bald unter ihre Gewalt bringen würden. Trotzdem hat auch die deutsche Regierung noch bis vor zwei Wochen afghanische Flüchtlinge abgeschoben und sie damit wissentlich den Taliban ausgeliefert!



20 Jahre haben die USA und ihre Verbündeten – darunter Deutschland – in Afghanistan Krieg geführt. Das Ergebnis: Die Taliban sind stärker als je zuvor.

Die imperialistischen Mächte haben die Taliban überhaupt erst stark gemacht. Ende der 1970er Jahren haben sie verschiedene islamistische Milizen mit Geld und Waffen ausgestattet und im Kriegshandwerk ausgebildet, um das afghanische Regime zu schwächen. Und zwar, weil dieses von der damaligen Sowjetunion unterstützt wurde.

Der Plan ging auf. Die sowjetische Armee musste Afghanistan verlassen. Stattdessen kämpften nun die islamistischen Milizen in einem blutigen Bürgerkrieg um die Macht. Die Taliban gewannen. Denn sie waren von allen am besten bewaffnet... dank der USA!

Kaum waren die Taliban an der Macht, wurden die Frauen von ihren Arbeitsplätzen verjagt und in Burkas und den Haushalt eingesperrt. Das ganze Land wurde ihren extrem rückschrittlichen Gesetzen unterworfen, samt Strafen wie Auspeitschen und Steinigen. Doch jahrelang störte dies die westlichen Großmächte wenig.

Dann aber kam 2001 der Terroranschlag von Al-Kaida auf das World-Trade-Center. Die US-Regierung, zum ersten Mal auf eigenem Boden getroffen, wollte zurückschlagen. Sie wollte der ganzen Welt klarmachen, dass nur der Weltpolizist USA das Recht hat, jederzeit Bomben auf andere Länder zu werfen, nicht umgekehrt. Zu diesem Zweck marschierten die USA mit Deutschland und weiteren Verbündeten in Afghanistan ein, einem der ärmsten Länder der Welt – unter dem Vorwand, die Taliban würden die Al-Kaida-Terroristen verstecken.

Sollten die Taliban ihre Herrschaft im ganzen Land festigen, dann werden sie zweifellos eine brutale islamistische Diktatur einführen, auch wenn sie derzeit anderes behaupten. Und sollte ihnen dies nicht gelingen, dann wird das Land in einem Bürgerkrieg zwischen verschiedenen bewaffneten Banden versinken. In beiden Fällen werden die Frauen und die gesamte arbeitende Bevölkerung weiter auf schreckliche Weise leiden.

Das ist das Ergebnis von 20 Jahren Besatzung und von zwei Jahrhunderten Einmischung der imperialistischen Mächte in der Region!

Und wenn es ihnen politisch und wirtschaftlich in den Kram passt, arrangieren sich die westlichen Staaten bald auch mit den Taliban – so wie mit anderen Diktaturen.

Während wir gerade erleben, wie schrecklich es ist, den Taliban ausgeliefert zu sein, bereiten sich

die europäischen Regierungen längst darauf vor, die Menschen an einer Flucht in den Westen zu hindern. Seit einigen Wochen finanziert die EU den Bau einer Mauer an der Grenze zwischen der Türkei und dem Iran (der Hauptfluchtroute für Afghanen) und zwischen Litauen und Weißrussland.

Dreist erklären die europäischen Politiker, die Afghanen könnten ja in die Nachbarländer fliehen, nach Pakistan oder in den Iran. Dabei haben diese viel ärmeren Staaten bereits in den letzten Jahren mehrere Millionen afghanische Flüchtlinge aufgenommen. Ganz zu schweigen davon, dass engagierte Frauen und Regimegegner dort auch nicht sicher sind. Und überhaupt: Die imperialistischen Staaten führen Krieg – aber um deren Opfer haben sich die armen Länder zu kümmern!?

Einige, gegen die diese Mauern errichtet werden, sind Geschwister, Eltern, Verwandte unserer afghanischen Arbeitskolleg\*innen. Stehen wir als Arbeitende der imperialistischen Länder an ihrer Seite, an der Seite der Ausgebeuteten, der Frauen, der Verfolgten – und nicht an der Seite der imperialistischen Machthaber, die die Welt ausbeuten!

In Europa und den USA schürten die Regierungen mit massiver Propaganda Sympathien für diesen Kriegseinsatz: Er würde die Frauen aus ihrer schrecklichen Unterdrückung befreien und dem Land Zivilisation, Schulen, Krankenhäuser und Sicherheit bringen.

In Wahrheit brachte die militärische Besatzung der Bevölkerung nur zwanzig weitere Jahre Krieg. Zwanzig Jahre, in denen sie terrorisiert wurde von Bombenangriffen, Verhaftungen und Folter – abwechselnd durch westliche Besatzungstruppen, afghanische Regierungstruppen oder die Taliban.

Hunderte Milliarden gaben die USA und ihre Verbündeten für die militärische Besatzung aus, hingegen nur kleinste Summen für Krankenhäuser oder Schulen. Das Land blieb genauso unterentwickelt. Nur die Korruption entwickelte sich prächtig – und bereicherte nicht nur Geschäftemacher vor Ort, sondern vor allem die amerikanischen Kapitalisten.

Kein Wunder, dass die von den USA aufgebaute Staatsmacht daher zunehmend von der Bevölkerung abgelehnt wurde. Dies erklärt, warum die Taliban nun so schnell die Macht erobern konnten.

## Solidarität mit den Streikenden bei der Bahn!

Zum zweiten Mal innerhalb von wenigen Wochen haben tausende Lokführer und Zugbegleiter der GDL für mehrere Tage die Arbeit niedergelegt. Und zwar alles andere als „grundlos“, wie es Bahn-Vorstand, Politiker und Medien in ihren Hetztiraden gegen den Streik behaupten.

Die Preise sind allein in diesem Jahr um 3,8 Prozent gestiegen. Aber die Bahn will den Streikenden 2021 null Prozent Lohnerhöhung zahlen. Und erst bis Mitte 2024 (!) sollen sie dann in Raten 3,2 Prozent bekommen – also weniger, als sie durch die Preissteigerung jetzt schon verloren haben. Sprich: Was die Bahn den Streikenden „anbietet“, ist eine reale Lohnkürzung. Und obendrein will die Bahn die Betriebsrenten kürzen.



Die Arbeitenden, die sich dagegen zur Wehr setzen, verdienen unsere Solidarität. Sie haben jedes Recht, ihre Löhne und Renten zu verteidigen – mit dem Mittel, das wir Arbeitenden hierfür zur Verfügung haben: dem Streik.

\*\*\*\*\*

2015 hat die Bundesregierung ein Gesetz verabschiedet, das es für kleinere Gewerkschaften wie die GDL noch schwerer macht, zu Streiks aufzurufen: das sogenannte „Tarifeinheitsgesetz“. Das Ziel des Gesetzes ist, dass Arbeitende in Deutschland noch seltener streiken dürfen und noch schwerer ihre Interessen durchsetzen können – während die Bosse alle Freiheiten und Möglichkeiten haben, uns jeden Tag anzugreifen!

Bei der Deutschen Bahn, wo es zwei Gewerkschaften gibt (die größere Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG und die kleinere Gewerkschaft der Lokführer GDL), wird das Tarifeinheitsgesetz seit letztem Jahr angewendet. Im selben Jahr hat der Bahnvorstand sowohl eine Nullrunde für alle Arbeitenden (beider Gewerkschaften) und eine Verschlechterung aller Betriebsrenten angekündigt. Wie man sieht, fühlen sich durch dieses Gesetz die Bosse noch stärker.

Die Streiks bei der Bahn richten sich gegen den Angriff auf ihre Löhne, aber auch – und absolut zu Recht – gegen dieses arbeiterfeindliche Gesetz.

## Flutkatastrophe: Nur wenn jemand da ist, kann er auch warnen

Seit Wochen hält die Diskussion an, warum im Hochwassergebiet gefährdete Straßen nicht gesperrt, die Bevölkerung viel zu spät gewarnt und Dörfer erst Stunden nach der Hochwasserwarnung evakuiert wurden – erst dann, als das Wasser schon in den Häusern stand.

Ein Grund hierfür ist die fehlende Ausstattung – angefangen bei Warnsirenen, die man für den Kalten Krieg in Schuss gehalten hat, aber „nur“ für den Katastrophenschutz zu teuer fand. Doch noch entscheidender ist fehlendes Personal.

Fast die gesamte Verantwortung für den Katastrophenschutz liegt bei den Städten und Kreisen, die ohnehin schon viel zu wenig Mittel und Leute haben. Oft waren ein oder zwei Beschäftigte für den Katastrophenschutz zuständig. Und diese bekamen die Nachrichten über die gefährliche Hochwasserentwicklung teilweise nur per Mail – weil auch für Warnanrufe bei den Kommunen kein Personal da war.

Einzelne Landräte treten derzeit zurück, weil in ihrem Kreis die späte Evakuierung besonders dramatische Folgen hatte. In den Kommunen und im Landtag schieben sich die Politiker gegenseitig die Schuld zu, denn man braucht ja einen Sündenbock. Aber keiner ist bereit, ernsthaft mehr Personal insbesondere in den Kommunen einzustellen – Personal, das auch jenseits von Hochwasser und Stürmen dringend gebraucht würde.

\*\*\*\*\*

## Hochwasserschäden: Viele Opfer bleiben ohne Hilfe

Die Regierung hat den Opfern der Flutkatastrophe versprochen, ihnen großzügig mit Hilfgeldern unter die Arme zu greifen und auch die zerstörte Infrastruktur schnell wieder aufzubauen. Doch zu Recht sind viele misstrauisch, wie viel diese Versprechen wert sind. Die Menschen in Dresden und Umgebung können davon ein Lied singen. Beim Elbe-Hochwasser kurz vor der Bundestagswahl 2002 versprach ihnen die Regierung ebenfalls große Wiederaufbauhilfen. Doch nur ein Bruchteil davon ist jemals angekommen.

Und würde es nach den geltenden Gesetzen gehen, dann würden die Flutopfer in NRW und Bayern nicht einmal einen Cent bekommen! Denn beide Bundesländer haben 2019 als Sparmaßnahme beschlossen, dass Flutopfer grundsätzlich keine Hilfgelder mehr bekommen sollen.

Angesichts des Ausmaßes der Flutkatastrophe keine drei Monate vor der Bundestagswahl haben Laschet und Söder ihre eigenen Gesetze lieber verschwiegen und nicht angewendet. Doch sie gelten weiter und werden all diejenigen mit voller Wucht treffen, die in den nächsten Jahren Opfer der zunehmenden Zahl an Überschwemmungen werden.

## Explosion im Chemiapark Leverkusen: Risikofaktor Kapitalismus

Bei der Explosion im Entsorgungsbetrieb im Chemiapark Leverkusen sind letzten Monat sieben Arbeitende ums Leben gekommen. 31 wurden verletzt. Mit viel Mühe konnten die Feuerwehrleute weitere Explosionen verhindern. Denn das Entsorgungszentrum liegt quasi mitten in der Stadt und grenzt direkt an eine große Chemikaliendeponie. Und wie sich herausstellte, wussten nicht einmal die Behörden, was genau dort alles gelagert und entsorgt wird.

Der Entsorgungsbetrieb wurde erst von Bayer an Currenta ausgelagert, die ihn vor zwei Jahren an einen Investmentfonds verkauft haben. Und jeder neue Eigentümer will natürlich mit möglichst geringen Ausgaben möglich viel Gewinn machen.

Auch wenn nach einem Monat die Ursachen offiziell unklar sind, ist eines sicher: Die zahlreichen Auslagerungen und Verkäufe von Betrieben und Arbeitenden, ihre Geheimniskrämerei und der Mangel an Kontrolle sowie die ständigen Einsparungen bei Instandhaltung und Sicherheit tragen in jedem Fall dazu bei, dass sich die Risiken für solch schwere Unfälle weiter erhöhen.



### Gelsenkirchen:

#### Arm... auch an Lehrerinnen und Lehrern

156 von 814 Stellen an den Gelsenkirchener Grundschulen konnten zum Schulstart nicht besetzt werden. Für viele Kinder, die grundlegende Dinge wie Lesen, Schreiben und Rechnen lernen mussten, fällt jetzt massenhaft Unterricht aus!

Um Geld zu sparen, hat die Landesregierung seit vielen Jahren die Zahl der Studienplätze für Grundschullehrkräfte an den Universitäten begrenzt. Dadurch gibt es viel zu wenig Lehrkräfte. Die können sich ihre Schule aussuchen, weshalb vor allem in den ärmeren Stadtteilen Lehrermangel herrscht – und ganz besonders in Gelsenkirchen.

Gerade hier, wo die Kinder eigentlich am meisten Förderung bräuchten, zahlen sie den größten Preis für die Sparpolitik der Regierung.

#### Fleischindustrie: Wer die Musik bestellt

Die Fleisch-Konzerne wie Tönnies und Co. rühmen sich damit, dass sie jetzt (nachdem sie erste viele hundert Arbeitende krank gemacht haben) alle Corona-Schutzmaßnahmen einhalten: Maske, Abstand...

Wegen des Sicherheitsabstands arbeiten jetzt weniger Arbeitende an einem Fließband. Es wird aber trotzdem nicht weniger Fleisch verarbeitet. Stattdessen müssen sie nun mit weniger Leuten die ganze Arbeit schaffen. Und in der Pause? Eine weitere „Corona-Schutzmaßnahme“: Es fehlen Stühle im Pausenraum, um sich auszuruhen.

Erst haben die Arbeitenden also das Fehlen von Schutzmaßnahmen bezahlt, und nun bezahlen sie deren Einführung. Damit Entscheidungen und Maßnahmen wirklich im Sinne der Arbeitenden getroffen werden, müssen die Arbeitenden selber die Entscheidungen treffen.

## Mieten: Enteignung der Wucherer!

Es gibt ebenfalls kaum eine Partei, die nicht im Wahlkampf damit wirbt, für bezahlbare Wohnungen zu sorgen. Gerade für „einfache Wohnungen“ (in ärmeren Gegenden und mäßig gut ausgestattet) sind die Mieten schließlich in nur sechs Jahren um ganze 30% gestiegen. Viele, die diese Wohnungen mieten, sind Arbeitende mit niedrigen Löhnen, Alleinerziehende, Arbeitssuchende, ärmere Rentner\*innen. Sie werden von den Wucher-Mieterhöhungen regelrecht erdrosselt.

In Berlin fordert eine größere Mieterbewegung, eine der großen Wohnungsgesellschaften zu enteignen, um diese Mietenexplosion zu beschränken. Fast alle Parteien, die im September von uns gewählt werden wollen, lehnen dies ab... denn sowas wäre ja fast schon „Sozialismus“.

Kapitalismus hingegen ist, privaten Miethaien Milliarden in den Rachen zu werfen und Menschen ihr halbes Einkommen für die Miete zahlen zu lassen. Und den verteidigen sie.

## „Unbezahlbar“ ist die Profitgier

Die Pharmakonzerne haben dreist die Preise für die Corona-Impfstoffe erhöht. Moderna um 10%, BioNTech sogar um 25% - auf fast 20 Euro pro Dosis! Ohne mit der Wimper zu zucken, hat die deutsche Regierung dieser Preiserhöhung zugestimmt. Dabei kosten die Impfstoffe in der Herstellung nicht mal 1 Euro.

Zur gleichen Zeit hat die Regierung entschieden, dass wir für Corona-Schnelltests ab Oktober 20-30 Euro zahlen müssen – weil diese Tests angeblich eine „zu große Belastung“ für die öffentlichen Kassen wären.

Aber den Pharmakonzernen weitere dutzende Milliarden in den Rachen zu werfen, das ist selbstverständlich und problemlos bezahlbar?

### Wollen Sie uns erreichen?

#### DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de)

Telefon: 0151-55570980

[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:  
für 13 € pro Jahr!